

Reformpolitik und gesellschaftliche Aneignung

Christian Zeller

Beitrag für die Zeitschrift Widerspruch

Nummer 48, Sommer 2005

15. Mai 2005

Christian Zeller
Geographisches Institut der Universität Bern
Hallerstr. 12
CH-3012 Bern
0041-31-631 8556
zeller@giub.unibe.ch

Mit dem zapatistischen Aufstand 1994 in Mexiko, den monatelangen Massenstreiks im öffentlichen Dienst Ende 1995 in Frankreich und mit der Anti-WTO-Demonstration 1999 in Seattle ist ein weltweiter Protestzyklus gegen Aspekte der konzerndominierten Globalisierung angebrochen. Die riesige Demonstration in Genua im Juli 2001 und die Sozialforen haben wesentlich zur Verbreiterung und Radikalisierung der Bewegungen beigetragen.

Diese Bewegungen haben neoliberale Mythen angekratzt. Aber die verschiedenen sozialen Bewegungen haben noch keineswegs die Glaubwürdigkeit des kapitalistischen Systems insgesamt unterminiert. Die neoliberale oder besser neokonservative Gegenreform wird in zahlreichen Ländern verstärkt fortgesetzt und zwar unabhängig davon, ob eine bürgerlich-liberale Regierung oder eine sozialliberalgrüne Regierung die Geschäfte des Kapitals erledigt.

Mit dem Verfassungsvertrag will die EU den Neoliberalismus verfassungsmäßig verankern. Die EU-Verfassung soll den Regierungen Europa dazu dienen, ihre Politik des umfassenden Sozialabbaus und der Zerstörung sozialer Errungenschaften auf dem ganzen Kontinent zu verschärfen. Die aktuelle geopolitische und geoökonomische Offensive der USA widerspiegelt die enorme ökonomische Instabilität und die Schwierigkeiten, ein international tragfähiges ökonomisches Regime durchzusetzen. Die Strategie des „unbegrenzten Krieges“ und vor allem der Krieg gegen den Irak sind Ausdruck einer Flucht nach vorne. Diese Offensive ist im Kontext der Herausbildung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes zu analysieren. Eine neue Phase politischer Auseinandersetzungen ist eröffnet: die imperialistischen Offensiven werden kombiniert mit einer Verschärfung der antisozialen Politik gegen die Lohnabhängigen in den imperialistischen Ländern.

Die Bedingungen für eine anhaltende Aufschwungsphase mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten sind nicht erfüllt. Der Kapitalismus gedeiht nur noch in der Negation eines Großteils der gesellschaftlichen Bedürfnisse auf Weltebene. Die aktuelle Phase des Kapitalismus lässt keinen Spielraum mehr für neue soziale Kompromisse, die mit dem „fordistischen Kompromiss“ vergleichbar wären.

Daher ist eine Strategie der gesellschaftlichen Aneignung einzuschlagen, die aktuelle Formen des alltäglichen Widerstandes gegen die Verschlechterungen der Lebensbedingungen verbindet mit einer antikapitalistischen Perspektive. Jede emanzipatorische Perspektive muss von Grund auf eine internationale sein, die politische Antworten ebenso grenzüberschreitend konzipiert, wie das Kapital international verflochten ist und agiert.

Finanzdominiertes Akkumulationsregime und imperialistische Enteignungsökonomie

Die im Zuge massiver Niederlagen der Arbeiterbewegung und der konservativen Revolution seit 1979/80 durchgesetzte Liberalisierungspolitik machte es möglich, dass ein hochzentriertes Finanzkapital seine Bedeutung steigern konnte. Die privaten, kapitalgedeckten Alterssysteme, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den angelsächsischen Ländern, in Japan und in der Schweiz zunehmend wichtiger wurden und nun auch in Deutschland und Frankreich durchgesetzt werden, haben die Attraktivität

finanzieller Investitionen massiv verstärkt und zur Zentralisation der individuellen Sparguthaben und Vermögen geführt (Sauviat 2004). Dieser Prozess vollzog sich in Europa mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien.

Diese Entwicklungen mündeten in den Durchbruch eines finanzdominierten Akkumulationsregimes, das ausgehend von den USA seine Wirkung auf globaler Ebene entfaltet. Dieses Akkumulationsregime im Kontext der Globalisierung des Kapitals ist sowohl als Ausdruck wie auch als eine spezifische Phase des Imperialismus zu interpretieren. Angesichts der Stärke der USA im Finanzbereich und letzten Endes der einzigartigen militärischen Potenz sind die anderen Mächte gezwungen, sich deren Spielregeln weitgehend unterzuordnen (Chesnais 2004a; Zeller 2004b).

Aufgrund der errungenen Position und Macht kann sich das finanzielle Anlagekapital (in der Form von Investment- und Pensionsfonds) einen Teil der Gewinne in Form von Einkommen aus Börsenplatzierungen, Mieten und Bodenrenten sowie über den öffentlichen Schuldendienst aneignen. Diese Einkommen sind einzig durch das Eigentum an Vermögen legitimiert. Dieses Anlagekapital verwertet und vergrößert sich also als „rententragendes Kapital“ durch Abschöpfung eines Teils des Profits. Dies erfordert allerdings die Steigerung der Mehrwertrate und eine genügende Akkumulation von produktivem Kapital, was aber gerade aufgrund der Verwertungsschwierigkeiten nur ungenügend erfolgt (Chesnais 2004a: 225; 2004b: 31). Das Anlagekapital zeichnet sich durch die Neigung aus, der „Ökonomie“ mehr abzuverlangen als diese zu liefern imstande ist. Das äußert sich in der harten Deregulierung der Arbeit, den Angriffen auf soziale Errungenschaften, den umfassenden Privatisierungen, den Enteignungsmechanismen in den so genannten aufstrebenden Märkten (Zinszahlungen, Kapitalflucht) und schließlich in der imperialistischen und kriegerischen Aneignung von Territorien und ihren Ressourcen (Chesnais 2004b: 43). Die Abschöpfung von Mehrwert durch die Ausbeutung der Arbeitenden bleibt allerdings die zentrale Form der Auspressung von Wert im Akkumulationsprozess und wurde mit wachsender Arbeitsproduktivität gar gesteigert.

Die Privatisierung und Aneignung öffentlicher Dienste durch transnationale Konzerne, die Auseinandersetzungen über intellektuelle Eigentumsrechte und natürliche Ressourcen sowie vor allem die US-Strategie des „Krieges ohne Grenzen“ und des Präventivkrieges und die kriegerische Aneignung der irakischen Ressourcen durch die USA deuten darauf hin, dass als Antwort auf und Ergänzung zur krisengeschüttelten erweiterten Reproduktion Akkumulationsprozesse durch Enteignung in der aktuellen Phase des Kapitalismus wieder wichtiger geworden sind (Harvey 2004; Zeller 2004a).

Von der Kritik des Neoliberalismus zur Kritik des Kapitalismus?

Neoliberalismus angekratzt, aber nicht in Frage gestellt

Die globalisierungskritischen Bewegungen konnten die ideologische Dominanz des Neoliberalismus teilweise knacken. Aber trotz der Stärke der Bewegung, der ideologischen

Schwächung des neoliberalen und neokonservativen Projekts, den Mobilisierungen in vielen Ländern, ... tatsächlich gelang es nirgendwo, das Kräfteverhältnis substanziell zu verändern. Die „bürgerliche“ Regierung Raffarin zerstört gerade wesentliche Grundpfeiler des französischen Sozialstaats wie er aus der Resistance nach dem 2. Weltkrieg entstanden ist. Die „sozialliberalgrüne“ Regierung Schröder hat zu einem Umbau der bundesdeutschen Gesellschaft angesetzt, der die Tragweite der Angriffe der Thatcher-Regierung in Großbritannien vor zwanzig Jahren noch übertrifft. Den großen Konzernen und den Regierungen ist es in allen imperialistischen Ländern gelungen, grundlegende Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen. Obwohl am 15. Februar und am 22. März 2003 jeweils rund 15 Millionen gegen den Angriff der USA auf den Irak demonstriert haben, konnte die Antikriegsbewegung den Krieg nicht verhindern. Trotz gigantischen Mobilisierungen setzen die herrschenden Klassen ihren Kurs des Sozialabbaus, der Flexibilisierung der Arbeit, der Privatisierungen und des Krieges fort.

Die Auseinandersetzung über den EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und anderen Ländern der EU bringt diese Angriffe und den Widerstand dagegen wie in einem Brennglas zum Ausdruck. Der Verfassungsvertrag erhebt die neoliberale Politik, die die Lohnabhängigen in ganz Europa systematisch zu einander in Konkurrenz setzt, die öffentlichen Dienste zerstört, und mit der EU ein autoritäres imperialistisches Herrschaftsgebilde aufbauen will, in den Verfassungsrang (Zeller 2005). Wie auch immer die Abstimmungen über die EU-Verfassung in den verschiedenen Ländern ausgehen werden, die Ergebnisse dieser Konfrontation werden die politische Dynamik in den betreffenden Ländern und in Europa nachhaltig beeinflussen.

Es besteht die Gefahr, dass der Ende der neunziger Jahre eröffnete Widerstandszyklus der globalisierungskritischen Bewegung, angesichts der fortgesetzten und verstärkten neokonservativen Offensive sich sogar dem Ende zuneigen könnte. Allerdings scheint sich in Ländern wie in Frankreich auch die Chance zu eröffnen, eine Runde des Massenwiderstandes einzuleiten. Offensichtlich muss das Kräfteverhältnis um den neoliberalen und neokonservativen Kurs zu stoppen, so weit verändert werden, dass bereits mehr oder weniger offen die Machtfrage gestellt wird. Dies stellt eine fundamentale Herausforderung für die emanzipatorischen Bewegungen dar. Die unterschiedlichen Perspektiven und Optionen sind offen zu debattieren. Bevor ich die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung vorstelle, skizziere ich wichtige Strömungen der globalisierungskritischen und einige ihrer theoretischen Bezugspunkte. In diesem Zusammenhang schlage ich auch eine Klärung der Begriffe Reform und Reformismus vor.

Vom Reformismus zum Modernismus

Der Begriff Reformismus wird unter der kapitalismuskritischen Linken in der Regel mit der Sozialdemokratie verbunden. Diese traditionelle Begriffszuweisung stelle ich hier in Frage, da sich der klassische sozialdemokratische Reformismus zu einem Modernismus transformiert hat, der die neoliberalen Gegenreformen nur noch sozial begleiten will. Die klassische Sozialdemokratie setzte sich noch für eine Überwindung des Kapitalismus durch Reformen ein. Dieser klassische Reformismus stützte sich auf die Klasse der Lohnabhängigen und im

Zuge einer kontinuierlichen Akkumulation von Kräften strebte er einen Übergang zu einer nachkapitalistischen oder sozialistischen Gesellschaft an. Diese Perspektive hat nicht funktioniert und wurde bereits mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 aufgegeben.

Schließlich setzten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sozialdemokratie jene Kräfte durch, die versuchten den Kapitalismus mit einer strukturellen Korrektur über Staatseingriffe und tarifvertragliche Vereinbarungen zwischen Arbeit und Kapital den Kapitalismus zu bändigen. Diese Orientierung stützte sich auf das „Goldene Zeitalter“ mit der langen Aufschwungsphase bis in die 1970er Jahre und auf ein spezifisches politisches Kräfteverhältnis. In gewissen Ländern wie Frankreich und Großbritannien wurden sogar Nationalisierungen gewisser Industriebereiche vorangetrieben und ein Instrumentarium von regulierenden Staatseingriffen zur sozialen Umverteilung geschaffen.

Durch die Krise und die bescheidenen Wachstumsraten seit den 1970er Jahren, die neokonservative Offensive und die starke Zunahme internationaler Verflechtungen verengte sich der Spielraum für diese Politik. Dieser neuerliche Misserfolg und vor allem ein allmählicher Wandel der sozialen Basis der sozialdemokratischen Parteien bot die Grundlage für den Sozialliberalismus. Die führenden Kreise der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie sind weitgehend in die ökonomische und politische Verwaltung des Kapitalismus integriert. Ihre Treue wird mit beträchtlichen materiellen und sozialen Privilegien und Leitungspositionen entschädigt. Das sozialliberale Führungspersonal hat sich bereits weitgehend von der historischen sozialen Basis der klassischen Sozialdemokratie entfernt. Hierauf deuten der rasante Mitgliederschwund und die wachsende Wahlabstinenz früher sozialdemokratisch wählender Lohnabhängigen in vielen Ländern Europas deuten hin.

Die Sozialdemokratischen Parteien praktizieren eine Variante bürgerlicher Herrschaftspolitik, vergleichbar mit jener der Demokratischen Partei in den USA, die ihre Verbindungen zu einem Teil der Gewerkschaften weiterhin aufrechterhält. In der Schweiz setzt sich wichtiges Führungspersonal von Swisscom, der Post und der Bahn weitgehend aus solchen mutierten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten zusammen. Die heutige Sozialdemokratie – die SPD und *New Labour* sind nur die deutlichsten Beispiele – will eine gute Verwalterin der kapitalistischen Geschäftsordnung mit all den Konsequenzen, die aus der verschärften internationalen Konkurrenz, der langen Phase schwachen Wachstums und des finanzdominierten Akkumulationsregimes erwachsen. Die Zeit des klassischen Reformismus ist also vorbei.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz reiht sich bruchlos in diese Entwicklung ein. Mit ihrer kritiklosen Orientierung auf einen EU-Beitritt und ihrer totalen Einbindung in die helvetische Konkordanz illustriert sie täglich, dass sie nicht mehr den Hauch einer Alternative zu den gegenwärtigen Zuständen in der Schweiz vorzuschlagen vermag. Sie will der Bevölkerung weismachen, die EU werde den Konservatismus in der Schweiz aufbrechen. Sommaruga und Strahm (2005) untermauern den Kurs zur scheinbar sozial begleiteten Modernisierung des Kapitalismus konzeptionell. Ihr Buch und ihre eigenen Karrieren zeugen davon, wie stark sie sich vom klassisch sozialdemokratisch-reformerischen Anliegen, einer

deutlichen Verbesserung der Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung und von sozialstaatlichen Grundsätzen verabschiedet haben.

Die Führungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und vor allem der Gewerkschaft UNIA erwecken den Anschein, dieser Modernisierungspolitik etwas entgegenzusetzen. Ihre Orientierung mündet jedoch in eine Neuauflage des Schulterschlusses mit dem angeblich fortschrittlichen Flügel des Bürgertums. Die Mobilisierung ihrer zahlenmäßig abnehmenden Basis dient dazu, von den Unternehmern weiterhin als Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Eine längerfristige und auf Förderung der Selbsttätigkeit angelegte Widerstandsstrategie wird von der Führung der UNIA, die sich gerne dynamisch gibt, nicht verfolgt.

Um den neokorporatistischen Schulterabschluss mit dem Bürgertum nicht zu gefährden, unterstützen die Führungen der UNIA und des SGB sogar die erweiterte Personenfreizügigkeit im Rahmen der Bilateralen Abkommen II mit der EU, obwohl sie selbst wiederholt zugegeben haben, dass die flankierenden Maßnahmen das Lohndumping nicht verhindern. Serge Gaillard, geschäftsleitender Sekretär des SGB, geht so weit, die Zustimmung zu den Bilateralen II mit der Erschließung der Märkte in Osteuropa durch Schweizer Unternehmen und der Verbesserung der schweizerischen Wettbewerbsfähigkeit zu rechtfertigen (Gaillard 2005). Die traditionelle Standortpolitik, letztlich eine klassische nationalistische Unterordnung unter die Interessen der Unternehmen, bleibt wie eh und je ein Pfeiler der offiziellen Gewerkschaftspolitik in der Schweiz.

„NGOisierung“ der Bewegungen und der Gewerkschaften

In den Ländern, in denen die klassische Arbeiterbewegung schwach ist wie in der Schweiz, oder die Gewerkschaften einen enormen Glaubwürdigkeitsverlust erleiden wie in Deutschland, bieten sich die Nichtregierungsorganisationen mit gewissem Erfolg als die Trägerinnen einer neuen Reformpolitik an. Sie spezialisieren sich darauf, in einer Art neuer Stellvertreterpolitik die Ansätze der „zivilgesellschaftlichen“ Bewegungen mit einer Lobbyarbeit in staatliche Institutionen und internationale Organisationen hinein zu verlängern. Voraussetzung hierfür ist aber, dass die Anliegen der Bewegungen auf ein systemverträgliches Maß reduziert werden. Dieser Weg verliert sich normalerweise rasch im Dickicht institutioneller Verfahren.

Eine Doppelstrategie verfolgt beispielsweise die entwicklungspolitische Organisation Erklärung von Bern (EvB) mit der Organisation des Gegenkongresses *The Public Eye* zum World Economic Forum in Davos. Einerseits will die EvB ihren Dissens zum Kapital markieren und andererseits will sie mit den „aufgeschlossenen Vertretern“ der Konzerne einen fruchtbaren Dialog führen. Die EvB stellt die Auswüchse des Systems und das Fehlverhalten von Konzernführern an den Pranger. Eine weitergehende, zumindest ansatzweise antikapitalistische Kritik würde aber die „Anschlussfähigkeit“ an die institutionelle Politik und die Dialogfähigkeit mit den aufgeschlossenen Unternehmern sofort verunmöglichen.

Zugleich gibt es bei Gewerkschaften in der Schweiz, aber auch anderen Ländern Europas, einen Prozess, den man die „NGOisierung“ nennen kann. Aufgrund des Nachwuchsmangels rekrutieren die Gewerkschaften junge FunktionärInnen im Umfeld von Bewegungen und NGOs. Viele junge GewerkschaftssekretärInnen administrieren die Gewerkschaften im Stile von NGO-ManagerInnen, ohne ein explizites politisches Projekt zu verfolgen. Angesichts ihrer mangelnden sozialen Verankerung bei den Lohnabhängigen in den Betrieben erstaunt das nicht. In diesem Kontext florieren Ideen, die Gewerkschaften als Dienstleistungsorganisationen an ihren KundInnen, den Lohnabhängigen, zu konzipieren.

Wie bereits angesprochen, bedeuten diese Veränderungen keineswegs, dass sich die Gewerkschaften von einer an sozialen Bewegungen orientierten Politik verabschiedet haben. Gerade die globalisierungskritische Bewegung und die Sozialforen haben gezeigt, dass die Führungen von Gewerkschaften durchaus auf Bewegungen aufzuspringen, nachdem diese eine gewisse Breite erlangt haben. Dadurch können soziale Bewegungen ihr gesellschaftliches Gewicht verbreitern. Andererseits sind die Führungen der Gewerkschaften und klassischen Linksparteien bestrebt, die Bewegungen wieder in den Rahmen der institutionellen Aushandlungsprozesse und der Konkordanz einzupferchen.

Die Grenzen aktueller reformpolitischer Perspektiven

Es ist also zu klären, in welcher Perspektive Reformen angestrebt werden. Reformen zur Modernisierung des Kapitalismus in mehr oder weniger neoliberaler Perspektive bezeichne ich als Modernismus. Die ProtagonistInnen dieses Kurses – von Strahm und Sommaruga bis Schröder und Blair – verwenden den Begriff der Modernisierung selbst, um ihrer Anpassung an den herrschenden Neoliberalismus eine spezielle Note zu verleihen. Reformen zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Leitplanken in der Perspektive eines „menschlicheren“ Kapitalismus können unter den Begriff der Reformpolitik subsumiert werden. Nur für eine Reformpolitik in der Perspektive einer graduellen Überwindung des Kapitalismus würde der ursprüngliche Begriff des Reformismus zutreffen. Obwohl sich reformpolitische Konzepte stark von einander unterscheiden können, sind sie vor allem bei ihren tagespolitischen Perspektiven nicht klar von einander abgrenzbar.

Stimmen, die eine stärkere nationalstaatliche und europäische Regulierung der Finanzmärkte sowie des Wirtschaftsgeschehens überhaupt einfordern, sind in Attac Frankreich und Deutschland sowie in verschiedenen NGOs stark vertreten. Attac selbst wurde um die Forderung nach der Steuer auf Kapitaltransfers, der sogenannten Tobin-Steuer, gegründet. Die weiterführende Perspektive nach einer alternativen Weltwirtschaftsordnung setzt hier an mit Forderungen nach einem fairen Handel, der Entschuldung der Dritten Welt (nicht gleichbedeutend mit einem Schuldenerlass), der Stärkung der UNO in Belangen des Welthandels und einer ökologischen Nachhaltigkeit (Attac-Positionspapier 2004). Die Protagonisten eines globalen Keynesianismus betonen die Verantwortung des öffentlichen Managements für globale wirtschaftliche Probleme und argumentieren für eine globale Einkommensverteilung, globale Steuerung von Nachfrage, Investitionen und Geld sowie für ökologische Nachhaltigkeit (Sauer 2004: 62ff). Ähnlich plädiert Peter Niggli, Geschäftsleiter

der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke in der Schweiz, für ein „neues Regulationsregime“, das die Nord-Süd-Kluft und die Ungerechtigkeiten verringert (Niggli 2004: 105ff). Als Gegengewicht zum „neuen Imperialismus“ der USA könne Europa, also die EU, eine wesentliche Rolle bei der Stärkung multilaterale Institutionen spielen (S. 101). Seine Idealisierung des Keynesianismus und Europas passen gut zueinander. Sie sind davon gezeichnet, eine Art „Entwicklungsarrangement“ mit den vernünftigen Kreisen bei den europäischen Eliten und internationalen Organisationen zu skizzieren.

Susanne George, die bekannte Exponentin von Attac Frankreich, geht davon aus, dass im Rahmen des Kapitalismus ein Reformpotential bestehe, das auszuschöpfen sei. Heute müssten internationale keynesianische Programme lanciert werden (George 2001a: 265). Die Vergabe von Finanzmittel müsse allerdings an Maßnahmen für erneuerbare Energien, die Beseitigung von Altlasten, zur Armutsbekämpfungsmaßnahmen und demokratische Regierungsformen gekoppelt werden. Dieser planetare Vertrag solle Vertreter des Südens wie auch der Nichtregierungsorganisation, also der sogenannten Zivilgesellschaft umfassen. George spricht sich explizit nicht für die Überwindung des Kapitalismus aus (George 2001b).

Eine radikalere Perspektive schlägt Walden Bello vor. In seinem Plädoyer für eine Deglobalisierung spricht er sich mehr im Sinne einer politischen Strategie als zur Skizzierung eines alternativen Modells für die radikale Schrumpfung und den Umbau der Betton Woods Institutionen und der WTO aus (2002: 107). Bello schlägt ein alternatives System der *Global Governance* vor. Die Deglobalisierung bestehe aus einer Reorientierung der Ökonomie von der Exportorientierung zu einer Produktion für die lokalen Märkte. Er spricht sich für eine Pluralität und Diversität der Institutionen der Weltökonomie aus (Bello 2002: 113ff). Allerdings benennt er die Macht- und die Eigentumsfrage nicht. Die fundamental unterschiedlichen Interessen der Menschen, die aus ihrer Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozess und den Eigentumsverhältnissen der Gesellschaft erwachsen, sind ebenso wenig ein Thema wie die Rolle des Staates. Er blendet also die Klassenwidersprüche und die damit zusammenhängenden politischen Bruchlinien in den Ländern des Südens weitgehend aus.

Gegen den Neoliberalismus oder für eine wirkliche Emanzipation?

Die breiten Diskussionen über gesellschaftliche Antworten auf den Neoliberalismus zeigen, dass dessen Hegemonie angekratzt wurde (vgl. Brink 2004). Gegen die Perspektive eines europäischen oder gar globalen Keynesianismus auf der Basis eines Sozialvertrags sprechen zwei wesentliche Argumente. Erstens reicht es nicht, sich nur gegen den „neoliberalen Auswüchsen“ des heutigen Systems zu widersetzen. Denn es gibt einen Zusammenhang zwischen diesen Auswüchsen, dem „Fehlverhalten“ der Konzernführer und der eigentlichen Logik des kapitalistischen Systems und der ihm eigenen Klassenverhältnisse. Die globale Konkurrenz und das Bestreben überdurchschnittliche Profite zu erzielen, zwingt die Konzerne dazu, sich den von den Lohnabhängigen erzielten Mehrwert anzueignen. Zudem ist der Kapitalismus, worauf u.a. die SubsistenztheoretikerInnen hinweisen (Mies 2003), durch eine andauernde „ursprüngliche Akkumulation“ mit all ihren mehr oder weniger gewalttätigen

Enteignungsprozessen gekennzeichnet (Harvey 2004). Im Kontext eines finanzdominierten Akkumulationsregimes verschärfen sich beide Prozesse, da sich die großen Kapitaleigner und Aktionäre noch verstärkt Werte und Ressourcen aneignen (Chesnais 2004a). Damit hängt das zweite Argument zusammen. Die Zeiten des fordistischen Kompromisses sind vorbei. Eine Neuaufgabe gibt es nicht. Für eine keynesianische Reformpolitik besteht im Kontext des globalisierten, finanzdominierten Akkumulationsregimes kein ökonomischer Spielraum mehr. Zudem muss der politische Druck für wirkliche Reformen mittlerweile so stark sein, dass er sich kaum mehr unterscheidet von einem Kräfteverhältnis, das ein globales Projekt der gesellschaftlichen Transformation jenseits der bestehenden Eigentumsverhältnisse anzusteuern ermöglicht. Die Zeit des klassischen Reformismus ist auch vorbei, weil die Spielräume für eine reformistische Politik so klein geworden sind, dass auch die Durchsetzung kleiner Reformschritte oder sogar auch nur die Abwehr der neoliberalen Angriffe bereits die Machtfrage aufwirft. Die Härte der jüngsten Auseinandersetzungen und die Niederlagen der sozialen Bewegungen in Deutschland und Frankreich unterstreichen die Brisanz dieses Problems.

Diese Gründe sprechen dafür, eine weitergehende antikapitalistische Strategie zu formulieren (vgl. Bensaïd 2003; Callinicos 2003). Allerdings stehen die kapitalismuskritischen Bewegungen vor der Herausforderung, einige Schlüsselfragen anzugehen. Dazu zählen die Klassen- und Geschlechterverhältnisse, das Eigentum an Produktionsmitteln, der Imperialismus, die Machtfrage und die Formen der politischen Repräsentation. Weitergehende Perspektiven zeigen sich aber erst in Umrissen. Ein emanzipatorischer Gegenentwurf zum neoliberalen entfesselten Kapitalismus und zum sozialliberal-grünen Begleitprogramm fehlt.

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eröffnete Phase der ArbeiterInnenbewegung, die durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen geprägt wurde, ist im Laufe der 1980er Jahre ausgeklungen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sich in Modernisierungsinstrumente der kapitalistischen Herrschaft transformiert und die Organisationen, die in der Tradition der staatsbürokratischen Diktaturen und ihrer internationalen Ableger stehen, sind aufgrund ihrer unverarbeiteten Geschichte nicht glaubwürdig für eine freiheitliche und emanzipatorische Perspektive.

In vielen Ländern lässt sich ein langwieriger und konfliktreicher Prozess der Neuzusammensetzung und Neuausrichtung der einer pluralen Bewegung der Lohnabhängigen beobachten. Hierbei befruchten sich gewerkschaftliche Neuansätze mit anderen radikalen, sozialen Bewegungen. Die Trennung in gewerkschaftliche und soziale oder politische Bewegungen macht keinen Sinn mehr. Alle aktuellen Auseinandersetzungen über Arbeitsbedingungen, Privatisierungen, Sozialversicherungen und Umweltprobleme sind gewerkschaftlich, gesellschaftlich und politisch zugleich.

Die zentrale strategische Herausforderung besteht darin, Vorschläge zu entwickeln, die nicht nur am Diskussionsstand der Bewegungen, sondern am Bewusstsein großer Teile der Lohnabhängigen ansetzen, und gleichzeitig eine weitergehende, emanzipatorische und antikapitalistische Dynamik eröffnen können. Die Privatisierungen im Gesundheitswesen verdeutlichen die Tragweite des Problems. „*Gesundheit ist keine Ware*“ sagt das

globalisierungskritische Netzwerk Attac. Aber wie sieht ein soziales Gesundheitswesen aus, in dem die Gesundheitsdienstleistungen tatsächlich nicht mehr warenförmig sind? Und die Dienstleistungen der Krankenversicherung: Sollen sie auch keine Ware mehr sein? Und die Medikamente: Wie sollen auch sie keine Ware mehr sein? Wer kontrolliert die Pharmaindustrie? Welche Vorschläge zielen in die Richtung einer gesellschaftlichen und demokratischen Aneignung der öffentlichen Dienste und anderer Schlüsselsektoren durch die Beschäftigten und die BenutzerInnen? Diese Fragen konsequent gedacht führen uns zur Herausforderung, die Frage des Eigentums grundsätzlich neu aufzuwerfen.

Das Tabu der Eigentumsfrage überwinden – zur gesellschaftlichen Aneignung

Die Eigentumsfrage ist ein Tabu bei den Gewerkschaften. Auch die globalisierungskritischen Bewegungen schlagen einen Bogen um dieses zentrale Problem. VertreterInnen antikapitalistischer Perspektiven wie des „radikalen Reformismus“ (zuletzt Brand 2005) und eher autonom-libertär argumentierende FürsprecherInnen der *Aneignungspolitik* (Stützle/van Dyk 2004) benennen zwar die Eigentums- und Staatsfrage. Allerdings schenken sie dem Problem des Eigentums an Produktionsmitteln nicht die nötig Beachtung. Damit einhergehend vermeiden sie es, die Herausforderung anzupacken, Forderungen und Perspektiven vorzuschlagen, die das gesellschaftliche Subjekt, das diese Art der Eigentumsfrage anpacken kann – die Klasse der Lohnabhängigen in ihrer ganzen Heterogenität – ansprechen könnten.

Das kapitalistische Privateigentum ist ein Pfeiler des Kapitalismus und der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Allerdings drücken das Eigentum an Konsumgütern, die wir verbrauchen, und das Eigentum an Produktionsmitteln, die eingesetzt werden, um mit menschlicher Arbeit neue Werte zu erzeugen, zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte aus. Noch wichtiger ist der Unterschied zwischen dem Eigentum an einem Gut, das Ergebnis der persönlichen Arbeit ist, und der Aneignung von Gütern durch Unternehmen, die im Rahmen des Produktionsprozesses von vielen Lohnabhängigen durch gemeinsame Arbeit hergestellt wurden (Bühr/Chesnais 2003). Infolge der starken Arbeitsteilung und der intensiven Kooperation von Lohnabhängigen, die am selben oder auch an verschiedenen Orten arbeiten, sind mittlerweile alle denkbaren Güter vom Brot bis zum Medikament, von der Musikanlage bis zur Versicherungspolice Ergebnis eines kollektiven und gesellschaftlichen Arbeitsprozesses.

Seit Beginn der neokonservativen Gegenreform vor über zwanzig Jahren versucht das Kapital, sich die Gesamtheit der materiellen und intellektuellen Bedingungen des Produktionsprozesses, also das historische Werk der gesellschaftlichen Arbeit der Menschheit, anzueignen. Alles, was profitabel erscheint, soll zur Ware umgeformt werden (Husson 2004). Voraussetzung dieser Umformung ist aber die Durchsetzung spezifischer Eigentumsrechte. Wenn ein Pharmakonzern einen Wirkstoff oder eine Technologie patentiert, eignet er sich wissenschaftliche Kenntnisse an, die gesellschaftlich produziert und öffentlich mitfinanziert wurden (Zeller 2004c). Das Patent ist immer Ergebnis einer langen

Akkumulation von Wissen und Erfahrungen, die unabhängig vom patentierenden Unternehmen produziert wurden. Das Patent erlaubt es den oligopolistischen Konzernen das privatisierte gesellschaftliche Wissen zur Erzielung von Renten und zu einem Instrument der gesellschaftlichen Herrschaft zu transformieren (Chesnais 2003).

Gleichzeitig haben sich mit der Ausweitung der produktiven Basis von Kapital und Arbeit das Lohnabhängigkeitsverhältnis und die Ausbeutung durch Lohnarbeit ausgedehnt. Diese Proletarisierung schließt alle ein, die in den unterschiedlichsten Konfigurationen und Ausmaßen von Unsicherheit gezwungen sind, ihre Arbeitskraft und ihre Kreativität zu verkaufen. Gewiss können nicht alle Kämpfe gegen die Herrschaft und Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft auf den reinen Klassenkampf reduziert werden. Aber wer, wenn nicht die – zwar heterogene – Klasse der Lohnabhängigen, also die große Mehrheit der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern, soll Trägerin gesellschaftlicher Aneignungsprozesse und letztlich der Aufhebung der Trennung der ProduzentInnen von ihren Produktionsmitteln sein?

Gesellschaftliche Aneignung: vom Widerstand zur Perspektive

Die Formulierung einer emanzipatorischen Perspektive besteht aus mindestens drei Elementen: Der Ausgangspunkt sind die *individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse* auf regionaler, nationaler und globaler Ebene. Deren Befriedigung ist im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich. Daher ist theoretisch und praktisch ein *antikapitalistischer Bruch* zu formulieren, das heißt ein Bruch mit der Logik des Profits und der Konkurrenz sowie den Institutionen, die diese Logik garantieren. Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der *demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung* der wichtigsten Ressourcen.

Die neoliberalen Angriffe auf europäischer Ebene, die im EU-Verfassungsvertrag gebündelt zum Ausdruck kommen, machen deutlich, wie dringend es ist, eine europäische, emanzipatorische Perspektive zu entwerfen. Weder in der Schweiz noch sonst in einem Land geht es um den Entscheid zwischen Öffnung zu Europa und nationaler Behauptung, wie das die europaweit tätige Allianz des Bürgertums und der modernistischen Sozialdemokratie gerne vortäuschen will. Die Herausforderung ist eine andere: wie können die sozialen Bewegungen und sich erneuernde respektive neue Gewerkschaften eine solidarische Perspektive in Europa jenseits der bestehenden Institutionen vorantreiben?

Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und der Marginalisierung von Millionen von Menschen ist vordringend. Die Verallgemeinerung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Spaltung der Lohnabhängigen nach Nationalitäten, Geschlecht und Qualifikationsniveaus verschlimmern die Situation zusätzlich. Fünf Forderungen stehen im Vordergrund: Die Einführung von Mindestlöhnen in ganz Europa mit einer schrittweisen Angleichung der Niveaus nach oben; eine radikale Arbeitszeitverkürzung – eine 32h-Woche – in ganz Europa; eine europäische Gesetzgebung, die Entlassungen verbietet; ein garantiertes Mindesteinkommen unabhängig vom Erwerbsstatus, das allen Menschen in Europa ein würdevolles Leben ermöglicht sowie einheitliche Normen und Rechte bei den Sozialversicherungen.

Der Kampf für diese Forderungen und deren Umsetzung ist mit dem Konstituierungsprozess einer neuen, pluralen Bewegung der Lohnabhängigen verbunden. Das schließt auch die Perspektive eines neuen politischen und gesellschaftlichen Bürgerrechts ein, das die gleichen individuellen politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Rechte für alle in Europa lebenden Menschen beinhaltet. Die Durchsetzung eines allgemeinen Rechts auf gesellschaftlich nützliche Arbeit zu gleichen Bedingungen steht im Zentrum der sozialen Frage und des Aufbaus eines Europas der Lohnabhängigen.

Damit ist die Frage nach der Umverteilung der Arbeit und einer radikalen, europaweiten Arbeitszeitverkürzung verbunden. Es sind Vorstellungen für eine Neuverteilung der Arbeit, der Aneignung der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen macht die Neuorganisation der Arbeitsverhältnisse, die Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und die solidarische Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung zum Thema. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Die gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Dienste sowie die Neugestaltung und Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden stellen uns vor die Herausforderung der gesellschaftlichen Aneignung der strategischen Produktionsmittel.

Der Widerstand gegen Privatisierungen ist offensiv anzugehen. Gegen die betriebswirtschaftliche Effizienz ist eine Effizienz auszuarbeiten, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die gesellschaftliche Nützlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Öffentliche Dienstleistungen, die allgemein zugänglich sind und Gratisseinrichtungen basieren auf einem Verständnis von „gleichen Rechten für alle“. Diese Idee steht im Zentrum einer solidarischen Konzeption der öffentlichen Dienste. „Umsonst-Kampagnen“ können diese Grundidee praktisch aufgreifen und im Kleinen durchsetzen (Stützele und van Dyk 2004). Öffentliche Dienste können Ansätze einer Alternative zu den Bereicherungsmechanismen des Marktes darstellen. Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat.

Bislang obliegt es den Unternehmen, die Investitionsentscheidungen zu treffen. Diesen Entscheidungen liegen nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse, sondern die Profiterwartungen zu Grunde. Eine gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, dass die Profite zusammengeführt werden und ihre Verwendung nicht entsprechend profitorientierter Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheidungen einer Gesellschaft erfolgt. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die Lohnabhängigen bei allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen betreffen, die Oberhand gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern erlangten. Ein weiterer Schritt wäre es, wenn die Lohnabhängigen und BürgerInnen die Unternehmen und Konzerne kontrollieren sowie eine Offenlegung aller wesentlichen Informationen durchsetzen könnten. Letztlich sind die Entscheidungen über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen aber Angelegenheit der gesamten Bevölkerung.

Die gesellschaftliche Aneignung technologischen Wissens und die demokratische Gestaltung

technologischer Entwicklungspfade stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Auseinandersetzungen über die Kernenergie, die Biotechnologien und die Zugänglichkeit des Internets sowie über die Ausdehnung intellektueller Eigentumsrechte haben die Sensibilität gegenüber dem Herrschaftscharakter von Technologien geschärft.

Jede emanzipatorische Perspektive muss sich mit dem Problem der Maßstäbe auseinandersetzen. Nicht nur weil die neoliberalen Gegenreformen international durchgesetzt werden, sondern vor allem weil große Konzerne global agieren, die Arbeitsteilung international strukturiert ist und die Mobilität der Lohnabhängigen stark angestiegen ist, sind Alternativen transnational, mindestens auf europäischer Ebene zu formulieren. Welche Bahnen und welche Sozialversicherungen wollen wir in Europa? Wie lassen sich die europäischen mit den nationalen und regionalen Strukturen verschränken? Ein Zurück zur nationalen Perspektive ist ausgeschlossen. Für das öffentliche Eigentum sind alle Formen zwischen Munizipaleigentum und einer neuen öffentlichen Eigentumsform auf europäischer oder sogar globaler Ebene denkbar. Je nach Bedürfnissen, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften sind Dienstleistungen und die Produktion besser auf regionaler, nationaler, übernationaler, kontinentaler oder gar globaler Ebene zu organisieren.

Ohne gesellschaftliche Planung ist das nicht möglich. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozess: erstens der Debatte der BürgerInnen über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcenzuteilungen; zweitens der Debatte der ProduzentInnen, die darüber befinden, wie die großen Entschiede umzusetzen sind. Die betrieblichen und territorialen Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung sind zu verknüpfen mit den bestehenden Formen parlamentarischer Demokratie sowie mit Abstimmungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen.

Neuformierung der Linken und gesellschaftliche Transformation

Selbstverständlich lässt sich eine emanzipatorische Perspektive nicht auf die Eigentumsfrage reduzieren. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ändert noch nichts an den Ausbeutungsverhältnissen und die Warenform bleibt erhalten. Andererseits wird der Begriff der Aneignung oftmals in einem verharmlosenden Sinn aufgegriffen. Die Aneignung von Konsumgütern, Kultur und Dienstleistungen durch soziale Bewegungen sowie die „Umsonst-Kampagnen“ in deutschen Großstädten, die sich oft auf ein radikalisiertes Szenenmilieu konzentrieren, können Anknüpfungspunkte bieten, aber eine emanzipatorische antikapitalistische Perspektive ist damit noch nicht formuliert (vgl. Stütze/van Dyk 2004). Wenn die Aneignung sich darauf beschränkt, den Warencharakter der Produkte vereinzelt und symbolisch in Frage zu stellen, verbreiten diese Aktionen und Kampagnen die Illusionen einer Perspektive, die sich um die zentralen Fragen des Eigentums und der Macht herumschleichen könnte. Die hier diskutierte Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung unterscheidet sich also von jener der Aneignung oder Wiederaneignung wie sie bei Teilen der bundesdeutschen radikalen Linken und in der Zeitschrift Arranca (Nr. 28 und 29) diskutiert werden. Die Perspektiven sind aber nicht gegensätzlich, sondern können sich gut gegenseitig ergänzen.

Die *Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung* ist in den Rahmen einer antikapitalistischen Übergangsstrategie zu setzen. Es braucht den Aufbau eigener Strukturen, von Gegenmacht und schließlich einer gesellschaftlichen Hegemonie. Tatsächlich haben sich im Laufe von Kämpfen Lohnabhängige immer wieder eigene Strukturen gegeben, die eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion gegenüber der Macht der Unternehmen einnahmen (Mai 1968 in Frankreich, 1969 in Italien, 1974 in Portugal, 1980/81 in Polen und 2002/03 in Argentinien). Eine umfassende gesellschaftliche Aneignung und letztlich Transformation der Gesellschaft ist im Rahmen der bürgerlichen Institutionen aber nicht möglich. Letztlich geht die konsequente Infragestellung des Privateigentums mit der Infragestellung des bürgerlichen Staatsapparates einher. Mit der Durchsetzung und Institutionalisierung von Gegenmachtstrukturen wird automatisch auch eine Form der Machtausübung und neuer Staatlichkeit generiert. Hierin unterscheidet sich die vorgeschlagene Perspektive von jener Holloways (2002).

Die Strategie der gesellschaftlichen Aneignung stützt sich auf die Selbstaktivität der Menschen. Sie soll Dynamiken auslösen, die den Lohnabhängigen ermöglichen, sich als ein selbständig politisch handelndes Subjekt zu erfahren und einzugreifen. Eine derartige Übergangsstrategie hilft, sich Kontrolle und damit Teile der Macht anzueignen – im Kleinen gewissermaßen das Große vorzubereiten. Es geht nicht bloß um den Inhalt der Forderung selbst, sondern darum, politische Prozesse und Organisationsformen zu befördern, die das Kräfteverhältnis verändern und zu gemeinsamen Lernprozessen ermuntern.

Die gesellschaftliche Aneignung beginnt damit, dass Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. In ihrer Dynamik tragen sie zu einer gesellschaftlichen Transformation bei, welche die Logik der privaten Profitmaximierung und Aneignung sowie der Konkurrenz überwindet und in letzter Konsequenz auch die Warenform perspektivisch in Frage stellt. Damit werden Alltagskämpfe verbunden mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt einer libertären und sozialistischen Alternative, die sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt. Die entscheidende Voraussetzung ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Rechten, Fähigkeiten, Kreativität, Ressourcen und Macht.

Literatur

- Attac-Positionspapier, 2004: Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung (AWWO).
In: A. Biesecker; A. Büscher; T. Sauer und E. Stratmann-Mertens (Hrsg.): Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun. Hamburg. S. 84-108.
- Bello, W., 2002: Deglobalization: ideas for a new world economy. London
- Bihr, A./Chesnais, F., 2003: S'attaquer au tabou des tabous: A bas la propriété privée!, Le Monde Diplomatique, 50 (10), Octobre: S. 4
- Brand, U., 2005: Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg
- Chesnais, F., 2003: Rapports de propriété et formes de captation du "cognitif" au bénéfice du capitalisme financier. In: C. Vercellone (Hrsg.): Sommes nous sortis du capitalisme industriel? Paris. S. 167-179.
- Chesnais, F., 2004a: Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster. S. 217-254.
- Chesnais, F., 2004b: Le capital de placement: accumulation, internationalisation, effets économiques et politiques. In: F. Chesnais (Hrsg.): La finance mondialisé. Paris. S. 15-50.
- Gaillard, S., 2005: Die Schweiz braucht ein starkes Wirtschaftswachstum. Stellungnahme an der Pressekonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 5. Januar 2005.
<http://www.sgb.ch/d-download/050105sergegaillard.doc>, letzter Zugriff: 15. Mai 2005
- George, S., 2001a: Der Lugano-Report oder: Ist der Kapitalismus noch zu retten? Reinbeck bei Hamburg
- George, S., 2001b: Clusters of Crisis and a Planetary Contract 18. Oktober: Budapest.
<http://www.tni.org/george/talks/clusters.htm>
- Harvey, D., 2004: Die Geographie des "neuen" Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster. S. 183-215.
- Husson, M., 2004: Der Kapitalismus nach der "neuen Ökonomie". In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster. S. 127-159.
- Mies, M., 2003: Über die Notwendigkeit, Europa zu entkolonialisieren. In: C. v. Werlhof; V. Bennholdt-Thomsen und N. Faraclas (Hrsg.): Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung. Wien. S. 19-40.
- Niggli, P., 2004: Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert. Zürich
- Sauer, T., 2004: Globaler Keynesianismus versus Deglobalisierung? Makroökonomische und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen. In: A. Biesecker; A. Büscher; T. Sauer und E. Stratmann-Mertens (Hrsg.): Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun. Hamburg. S. 53-69.
- Sauviat, C., 2004: Les fonds de pension et les fonds mutuel: acteurs majeurs de la finance mondialisée et du nouveau pouvoir actionnarial. In: F. Chesnais (Hrsg.): La finance mondialisé. Paris. S. 99-124.
- Sommaruga, S./Strahm, R., 2005: Für eine moderne Schweiz. Ein praktischer Reformplan. Zürich
- Stützle, I./van Dyk, S., 2004: Aneignungspolitik oder Bezahlt wird nicht!, Das Argument 46 (5, Nr. 257): S. 710-720.
- van Brink, T., 2004: VordenkerInnen der globalisierungskritischen Bewegung : Pierre Bourdieu, Susan George, Antonio Negri. Köln
- Zeller, C., 2004a: Die globale Enteignungsökonomie. In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster. S. 9-20.
- Zeller, C., 2004b: Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus? In: C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster. S. 61-125.
- Zeller, C., 2004c: North Atlantic innovative relations of Swiss pharmaceuticals and the importance of regional biotech arenas, Economic Geography 80 (1): S. 83-111.

Zeller, C., 2005: Vom Nein zum Verfassungsvertrag zur gesellschaftlichen Aneignung Europas. EU global - fatal?! Ergebnisse der Europa-Konferenz. Stuttgart. S. 77-95.